

## **Antwort: Martin E. Renner MdB, AfD**

Nein zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes

Am Dienstag hat Merkels Schreckenskabinett die geplante Änderung des Infektionsschutzgesetzes beschlossen, wie erste Medien berichten.

Seit Tagen erreicht meine Kollegen und mich erneut eine enorme Flut an Schreiben von wachen Bürgern, die sich zutiefst besorgt über diesen neuerlichen Angriff auf Demokratie und Föderalismus zeigen.

Aus diesem Grunde möchte ich an dieser Stelle noch einmal hervorheben: Selbstverständlich werde ich und sicher auch meine Kollegen in der AfD-Fraktion konsequent und aus tiefster Überzeugung GEGEN die beabsichtigte Änderung stimmen.

Nach wie vor und jetzt erst recht gilt: Nein zu Merkel bedeutet Ja zur Demokratie!

Der Begriff "Bundes-Notbremse" (Achtung: Framing) ist bewusst irreführend, denn Merkel bremst hier weniger das Virus - von dem 99,8 % der gesamten Bevölkerung schlichtweg nicht betroffen sind - als vielmehr erneut unsere parlamentarische Demokratie aus.

Angesichts des bisher einheitlichen Treibens der "Neuen Einheitspartei Deutschlands (NED)" ist es realistisch, dass auch der Deutsche Bundestag zustimmen wird - leider ist die AfD-Fraktion üblicherweise die einzige Stimme der Opposition.

Es gäbe an dieser Stelle weitaus mehr Punkte im Detail zu kritisieren - alleine die Aushebelung unseres Föderalismus war bisher unvorstellbar und würde ein eigenes Kapitel beanspruchen. Testpflicht für Schulkinder, Testpflicht für Arbeitnehmer (auf Kosten der ohnehin massiv gebeutelten Unternehmen), Ausgangssperren - Willkür, Wahnwitz, Wahnsinn!!!

Vor diesem Hintergrund aber ungleich wichtiger: Die Bedeutung der bevorstehenden Bundestagswahl. Wenn sich nicht auf breiter Front die Erkenntnis durchsetzt, dass diese "NED" zunehmend ein schlechtes Abziehbild von Demokratie anstrebt und zu diesem Zweck offenkundig zu allem bereit ist, dann muss man für die Zukunft unseres Landes schwarz sehen.

+++ Aktuell, aus dem Bundestag +++

Die AfD hat erzwungen, dass die geplante Änderung der Gesetze nur auf dem ordnungsmäßigen Weg, der durch die Geschäftsordnung vorgegeben ist, gegangen werden darf.

Die Bundes-Regierung wollte die zahlreichen Änderungen für den "Bundes-Lockdown" im Eiltempo durchsetzen. Wir bestanden auf dem gesetzlich vorgegebenen Verfahren.

Die AfD hat den Fristverzicht, zu dem alle anderen bereit waren, verweigert.

Die Bundesregierung kann dementsprechend ihre Änderungen erst am Freitag ins Parlament einbringen.

Und ein Beschluss ist jetzt frühestens am Mittwoch nächste Woche im Deutschen Bundestag möglich.  
Schaun mer mal.

An dieser Stelle sei hier auch noch einmal auf die soeben vom Bundesparteitag in Dresden beschlossene "Corona-Resolution" verwiesen:

<https://www.afd.de/bundesparteitag-in-dresden.../>

Ich grüße Sie freundlich

Ihr

Martin E. Renner, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-75383

Fax: +49 30 227-70384

[martin.renner@bundestag.de](mailto:martin.renner@bundestag.de)